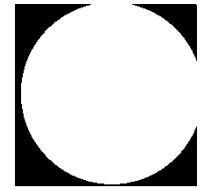


**D****V****P****W**

Pressemitteilung

## **BMBF-Evaluation zeigt: Kurze Verträge und kaum Entfristungen in den Sozialwissenschaften**

### **Die DVPW fordert umfassende Novellierung des WissZeitVG**

Berlin, 24.5.22. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) muss nach Einschätzung der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) umfassend reformiert werden. „Die am Freitag vom Bundesministerium für Bildung und Forschung vorgelegte Evaluation ist dafür ein wichtiger erster Schritt“, stellte die DVPW-Vorsitzende Diana Panke am Dienstag fest. Gleichzeitig kritisierte Panke den Gegenstand der Evaluation als zu eng. Die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen in Deutschland wurden in dem Bericht nicht umfassend analysiert, sondern es wurden lediglich die Auswirkungen der Novellierung des Gesetzes im Jahr 2016 untersucht. „Wir können dennoch einiges aus den Daten lernen, auch über die besonders drastischen Probleme in den Sozialwissenschaften,“ sagte Panke.

So zeigt der Evaluationsbericht, dass die durchschnittliche Vertragsdauer der Beschäftigten an den Hochschulen häufig zu kurz ist, um in den Sozialwissenschaften Qualifikationsziele wie die Promotion oder Habilitation zu erreichen. Die DVPW plädiert für die Einführung von Minimalvertragsdauern im Zuge der von der Regierung für 2022 angestrebten Neufassung des WissZeitVG: „Die Mindestlaufzeiten der Verträge müssen für die verschiedenen Qualifikationen so ausgestaltet sein, dass die Zielerreichung realistisch ist“, so Panke.

Die Evaluation des WissZeitVG belegt zudem, dass die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit 93 Prozent die höchsten Befristungsquoten an deutschen Universitäten im Jahr 2020 haben. Damit liegen diese Disziplinen – zu denen auch die Politikwissenschaft zählt – deutlich über dem Gesamtdurchschnitt der Universitäten (+9 Prozentpunkte). „Das ist ein erschreckendes Ergebnis,“ so Panke, „vor allem die Qualifikation promovierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserem Fach wird anscheinend nicht hinreichend gewürdigt.“ Um dies zu ändern, setzt sich die DVPW dafür ein, Befristungsquoten zu senken und insbesondere für promovierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr Dauerstellen zu schaffen.

Aktuell können Wissenschaftler\*innen in Deutschland zu Qualifizierungszwecken bis zu zwölf Jahre lang befristet beschäftigt werden. „Auch diese Frist sollte das Ministerium auf den Prüfstand stellen“, empfahl Panke, die als Professorin an der Universität Freiburg tätig ist.

Die DVPW ist die größte politikwissenschaftliche Fachvereinigung in Deutschland und vertritt Politikwissenschaftler\*innen aller Karrierestufen.

Kontakt:

Dr. Vera van Hüllen (Geschäftsführerin)

Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW)  
c/o Freie Universität Berlin  
Ihnestr. 26  
14195 Berlin

Telefon: 030/838-68874  
E-Mail: [buero@dvpw.de](mailto:buero@dvpw.de)  
Webseite: [www.dvpw.de](http://www.dvpw.de)  
Twitter: @dvpw